SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Internationale Frauenrechte - Frauenbewegungen stärken: Tagung vom 14.-17. November 2008 in Kapstadt

Schäfer, Rita

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schäfer, R. (2009). Internationale Frauenrechte - Frauenbewegungen stärken: Tagung vom 14.-17. November 2008 in Kapstadt. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, *1*(1), 154-162. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-393613

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Rita Schäfer

Internationale Frauenrechte – Frauenbewegungen stärken

Tagung vom 14.–17. November 2008 in Kapstadt

Zusammenfassung

Weltweit setzen sich Frauenrechtsorganisationen dafür ein, die Rechtslage von Mädchen und Frauen zu verbessern. Sie haben erreicht, dass zahlreiche internationale Abkommen verabschiedet wurden. Deren Umsetzung auf nationaler und lokaler Ebene ist jedoch schwierig. Vielerorts versuchen politische und religiöse Machthaber, die Verwirklichung von Frauenrechten mit allen Mitteln zu hintertreiben. Deshalb sind Austausch und Vernetzung zwischen den Frauenrechtlerinnen wichtig. Die Association for Women's Rights in Development (AWID) zielt darauf ab, den Dialog zwischen den Aktivistinnen zu fördern. Im dreijährigen Rhythmus organisiert AWID große internationale Foren, auf denen Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus allen Kontinenten Strukturprobleme und Gegenstrategien erörtern. Dieser Beitrag stellt zentrale Herausforderungen vor, die über 2000 Frauenrechtsaktivistinnen in Kapstadt diskutierten.

Schlüsselwörter
Frauenrechte, Frauenrechtsorganisationen, internationale Frauenbewegungen

Summary

International Women's rights – Strengthening Women's Movements
Conference from 10th to 17th of November 2008 in Cape Town, South Africa

All over the world, women's organisations try to improve the legal situation of women and girls. They succeeded in that many international norms were passed. Nevertheless the implementation of these agreements on national and local levels is still a challenge. All over the world, political and religious authorities try to prevent the realization of women's rights. Therefore the exchange and networking of women's rights activists is very important. The Association for Women's Rights in Development (AWID) aims at improving the dialogue among activists. Every third year AWID organizes a big international forum for debates. Representatives of women's organisations from all continents meet there and discuss structural difficulties and problem solving strategies. This article explains those central topics on which more than 2000 women's rights activists were focusing at last year's conference in Cape Town.

Keywords
Women's rights, women's rights organisations, international women's movements

1 Frauenrechte sind Menschenrechte

Seit der Weltmenschenrechtskonferenz in Wien 1993 gelten Frauenrechte als Menschenrechte. Dafür hatten Frauenrechtsorganisationen aus allen Kontinenten jahrelang politische Lobbyarbeit geleistet. In vielen Ländern des Südens galten Frauen noch immer als rechtsunmündig, und selektive Interpretationen vorkolonialer oder kolonialer Rechtsvorstellungen durch männliche Autoritäten verhinderten, dass sie Land besitzen und erben konnten. Wirtschaftliche Abhängigkeit und soziale Marginalisierung waren die Folgen. In etlichen anti-kolonialen Befreiungsbewegungen, u.a. im südlichen Afrika, hatten Frauen während der 1960er- und 1970er-Jahre zu den Waffen gegriffen, um

die politische Unabhängigkeit und die Gleichberechtigung zu erkämpfen. Zwar postulierten viele Regierungen nach der Abschaffung der Kolonialherrschaft, gesellschaftliche Missstände zu überwinden, doch die Aktivistinnen mussten Rechtsreformen erst vehement einfordern (Molyneux/Razavi 2002).

Umso bedeutender war die Erklärung der internationalen Staatengemeinschaft, Frauenrechte als Menschenrechte anzuerkennen. Hierauf berufen sich Frauenorganisationen, wenn sie verlangen, dass ihre Regierungen endlich handeln sollen. Mit der Ratifizierung der Abschlussdokumente von Wien sind die Staatschefs verpflichtet, die dort getroffenen Vereinbarungen in die Tat umzusetzen. Eigentlich wären sie dazu bereits mit der Unterzeichung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung (CEDAW) von 1979 verpflichtet gewesen. Diese Konvention hat völkerrechtliche Verbindlichkeit, aber es gibt keine substanziellen Sanktionsmechanismen. Außerdem mangelt es vielerorts am politischen Willen, Frauenrechte zu verwirklichen.

Deshalb ist die Arbeit unabhängiger Frauenrechtsorganisationen so wichtig; sie bewerten die Verbesserung der Rechtslage von Frauen als wesentlichen Schritt zur Geschlechtergleichheit, zur sozialen Gerechtigkeit und Demokratisierung (Kerr/Sprenger 2004). So gelten Reformen der Land-, Erb-, Familien- und Arbeitsrechte sowie die Verwirklichung reproduktiver Rechte und des Schutzes vor Gewalt als wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung. Das bekräftigte die internationale Staatengemeinschaft während der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking und in der dort verabschiedeten Aktionsplattform. Hieran orientieren sich internationale Frauenorganisationen, die im Kontext globaler Probleme und aktueller Herausforderungen Frauenrechte als Schlüssel für grundlegende Strukturveränderungen betrachten (Antrobus 2004).

Die internationale Tagung der Association for Women's Rights in Development (AWID), die im November 2008 in Kapstadt stattfand, bietet den Ausgangspunkt dafür, den Blick auf die Situation von Frauen in den Weltregionen zu richten, die selten im Fokus sind (http://www.awid.org/forum08/). Dabei geht es in diesem Beitrag nicht nur um einen Bericht über diese wichtige Konferenz. Einige Hintergrundinformationen sollen vielmehr ein besseres Verständnis für die unterschiedlichen Problemlagen von Frauen in verschiedenen Weltregionen ermöglichen und die Politik von Frauenrechtsaktivistinnen verdeutlichen. Schließlich ist es für die Wissenschaft hierzulande wichtig, u.a. bei der Auseinandersetzung mit Globalisierungsfragen, die Positionen von Kolleginnen und Aktivistinnen aus Ländern des Südens kennenzulernen.

2 Association for Women's Rights in Development

Die Association for Women's Rights in Development ist ein internationales Netzwerk von Frauenrechtsaktivistinnen, das 1982 gegründet wurde und sich seitdem die Verbesserung der Rechtslage von Frauen auf die Fahnen geschrieben hat. Impulsgebend dafür war die Weltfrauendekade (1975-1985), als die Vereinten Nationen unter dem Motto „Gleichheit, Entwicklung und Frieden" ein ganzes Jahrzehnt der Situationsverbesserung von Frauen widmeten. Ursprünglich zielte AWID darauf ab, Fraueninteressen in Entwicklungsprojekten zu berücksichtigen und Frauenrechte bei konkreten Entwicklungsplanungen zu beachten. Denn vielerorts zeigten sich bereits Ende der 1970er-Jahre

die negativen Wirkungen von Entwicklungsprogrammen, die Geschlechterungleichheiten ignoriert hatten. Häufig wurden Frauen noch weiter ausgegrenzt und mit Arbeit überlastet. Um so wichtiger war die gezielte Frauenförderung, die von Frauenrechten ausging. Dieser Rechtsansatz wurde im Lauf der Jahre immer weiter ausdifferenziert (Alpizar et al. 2007).

Gegenwärtig liegt der Fokus auf der Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten im Kontext internationaler Zusammenarbeit und globaler Strukturpolitik. Auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene zielt AWID darauf ab, Frauen als Akteurinnen in gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu stärken. Das Aufgabenspektrum umfasst Lobbyarbeit für Rechtsreformen und institutionelle Strukturveränderungen, aber auch den Wandel von Normen und Verhaltensmustern. Dreh- und Angelpunkte sind Austausch und Vernetzung zwischen Frauenorganisationen und anderen sozialen Bewegungen, die die feministischen Grundpositionen und den Rechtsansatz des Netzwerkes teilen (Wilson et al. 2006). AWID eint vor allem Frauenrechtsaktivistinnen und Rechtsexpertinnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika (Batliwala 2008). Umso mehr bieten die alle drei Jahre auf einem dieser Kontinente stattfindenden AWID-Konferenzen die Möglichkeit, ihre Standortbestimmungen zu verfolgen, denn es handelt sich hierbei um offene internationale Dialogforen. „The power of movements" – so lautete das schlagkräftige Motto der internationalen Konferenz, die AWID Mitte November 2008 in Kapstadt organisierte.

Über 2200 Frauenrechtlerinnen aus insgesamt 144 Ländern diskutierten auf dem 11. AWID-Forum, wie sich Frauenorganisationen und Frauenbewegungen aktuellen Herausforderungen stellen können. Zu den Strukturproblemen, die Frauenrechte weltweit beeinträchtigen, zählen Bürgerkriege und Gewaltkonflikte, aber auch der Machtgewinn fundamentalistischer Gruppen. Umso intensiver erörterten die Konferenzteilnehmerinnen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der länderspezifischen Ausprägungen dieser Probleme und diskutierten mögliche Gegenstrategien.

3 Südafrika – Paradox zwischen Frauenrechten und Frauenrechtsverletzungen

Südafrika hatte als Austragungsort der Konferenz symbolische Bedeutung; es hat weltweit die höchsten Vergewaltigungsraten – und zwar bezogen auf die Länder, in denen aktuell kein Krieg geführt wird. Auch bei häuslicher Gewalt, Femizid und Familienmorden belegt die frühere Rassengesellschaft Spitzenpositionen. Hier handelt es sich um gravierende geschlechtsspezifische Gewaltmuster, die durch die strukturelle Gewalt des Apartheidregimes und der kolonialen Siedlerherrschaft über Jahrhunderte geschaffen und nach der politischen Wende 1994 nicht ausreichend aufgearbeitet wurden. Die Mandela-Regierung hatte zwar eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet, doch feministische Rechtsexpertinnen kritisierten, dass die tief in der Gesellschaft verankerten Gewaltstrukturen nicht wirklich thematisiert wurden. Und das in einem Land, das dank der kontinuierlichen Lobbyarbeit von Frauenrechtlerinnen über umfassende Gewaltschutzgesetze und eine geschlechtergerechte Verfassung verfügt, die weltweit als vorbildlich gilt (Schäfer 2008a).

Dieses Paradox ist größtenteils dadurch zu erklären, dass es wegen des problematischen Erbes der Vergangenheit, mangelnder institutioneller Reformen und eines begrenzten politischen Willens extrem schwierig ist, die neuen Rechtsgrundlagen in die Tat umzusetzen. Das verdeutlichte der Vergewaltigungsprozess gegen Jacob Zuma, Chef der Regierungspartei African National Congress und seit Mai 2009 Präsident Südafrikas. Zuma, der jahrelang den nationalen AIDS-Rat leitete, wurde 2006 angeklagt, eine junge, HIV-positive Frau vergewaltigt zu haben. Das Verfahren endete mit einem Freispruch, wobei der Richter sein Urteil damit begründete, dass Zuma sich traditionsbewusst als Zulu-Mann verhalten habe.

Solche Äußerungen brachten Frauen- und HIV/AIDS-Organisationen auf die Barrikaden. Während der AWID-Konferenz organisierten sie einen großen Protestmarsch, um diese Probleme international bekannt zu machen. Sie beklagten, dass auch bei anderen Strafprozessen sexistisch eingestellte Richter Vergewaltigungsopfer diffamierten. Auch die nachlässigen Verfahren gegen die Mörder zweier lesbischer Frauen, die brutal öffentlich hingerichtet wurden, nachdem sie sich geoutet hatten, mobilisierten die Frauenrechtlerinnen. Viele Aktivistinnen fürchten, dass sich diese Strukturprobleme unter der Präsidentschaft Zumas weiter verschärfen werden und gewaltbereite Männer den Freispruch im Zuma-Prozess als Freibrief für sexuelle Übergriffe interpretieren. Faktisch werden bereits zahllose Frauen und Mädchen durch Vergewaltigungen mit dem HI-Virus infiziert.

4 Indien – Interdependenzen zwischen Gewalt und AIDS

Nicht nur im südlichen Afrika, sondern auch in Indien stellen die Interdependenzen zwischen sexualisierter Gewalt und HIV/AIDS die Frauenorganisationen auf die Probe. Dort setzt sich die Organisation SANGRAM für das Recht auf Gesundheit ein. Sie richtet sich vorrangig an Prostituierte, die ganz besonders von Infektionen bedroht sind. Die SANGRAM-Mitarbeiterinnen versuchen, deren Verhandlungsmacht zu stärken und an Einstellungsveränderungen der Männer zu arbeiten, wobei sie sensibel mit der Tabuisierung von HIV/AIDS und Ressentiments gegenüber Prostituierten in der indischen Gesellschaft umgehen müssen (Rout/Panda 2008).

Die Überwindung von Tabus betrifft auch die Frauenorganisationen selbst, denn vielerorts sind einzelne Mitarbeiterinnen HIV-positiv. Dessen ungeachtet fällt es etlichen Organisationen schwer, transparente organisationsinterne AIDS-Leitlinien zu entwickeln und Stigmatisierungen zu vermeiden. Ein weiteres Problem ist die Kooperation zwischen Frauen- und HIV/AIDS-Organisationen, womit sich die Aktivistinnen in mehreren Diskussionsrunden während der AWID-Konferenz selbstkritisch auseinandersetzten. Sie bemängelten, dass internationale Entwicklungsorganisationen HIV/AIDS-Netzwerke gegenüber Frauenrechtsinitiativen bevorzugen und die verschiedenen Zusammenschlüsse deshalb gegeneinander konkurrieren. Letztlich war aber allen Beteiligten klar, dass sie nur durch gezielte Kooperationen die gravierenden Probleme im Zusammenhang mit HIV/AIDS bewältigen können.

Dazu zählen auch die Vorgaben einiger finanzstarker Geberorganisationen, die nur solche AIDS-Organisationen finanziell fördern, die sich explizit nicht an Prostituierte richten und Enthaltsamkeit propagieren.

5 Uganda – Pfingstkirchen und AIDS

In Uganda, das Anfang der 1990er-Jahre besonders dramatische HIV- und AIDS-Raten zu verzeichnen hatte, sind die Folgen dieser Vorgaben bereits überdeutlich. Ugandische Aktivistinnen erläuterten, dass ihre Regierung jahrelang eine mustergültige AIDS-Politik durchgesetzt hatte und die Infektionsraten drastisch zurückgingen, der Virus sich aber nun wieder ausbreitet. Pfingstkirchen, die von fundamentalistischen Sponsoren aus den USA unterstützt werden und in der ugandischen Präsidentengattin eine einflussreiche Fürsprecherin ihrer Politik gefunden haben, geben inzwischen den Kurs vor und predigen Enthaltsamkeit. Seitdem diese Pfingstkirchen sich nun auch offiziell als Nicht-Regierungsorganisationen registrieren lassen können, fürchten ugandische Frauenrechtlerinnen, dass ihre Arbeit immer mehr beeinträchtigt wird. Denn sie gehen von einem Frauen- bzw. Menschenrechtsansatz aus und fordern Reformen des Erb-, Land- und Familienrechts. Solche Rechtsreformen sind für die Existenzsicherung von HIV-positiven Frauen und AIDS-Witwen im ländlichen Uganda überlebensnotwendig.

Ohne Landnutzungs- und Wohnrechte sehen sich sozial marginalisierte Frauen gezwungen, durch Prostitution den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder zu verdienen. Sie verfügen über keinerlei Verhandlungsmacht gegenüber ihren Klienten, um z.B. die Benutzung von Kondomen zu fordern, und infizieren sich spätestens dann mit dem HI-Virus. Um so mehr zielen ugandische Frauenorganisationen darauf ab, diese Verbindungen zwischen sexueller, sozio-ökonomischer und politischer Verhandlungsmacht aufzuzeigen und Strukturveränderungen im Geschlechterverhältnis und in der Gesellschaft einzufordern. Deshalb werden sie von politischen Entscheidungsträgern und einflussreichen religiösen Gruppierungen angefeindet.

6 Simbabwe – Sexualisierte Gewalt als politisches Machtmittel

Vielerorts ist die Arbeit der Frauenrechtsaktivistinnen gefährlich. AWID organisierte mehrere Plenen, auf denen Frauenrechtlerinnen aus Kriegsländern, z.B. aus der Demokratischen Republik Kongo, und ranghohe Repräsentantinnen internationaler Organisationen diskutierten, wie die Aktivistinnen besser geschützt werden können. Selbst die offizielle Einhaltung demokratischer Spielregeln durch eine Regierung bietet keine Sicherheit. Besonders eindrücklich zeigte sich dies in Simbabwe. Seit 2000 befindet sich das Land im rasanten Niedergang, obwohl regelmäßig Wahlen durchgeführt wurden. Wenngleich der alte und autokratische Präsident Mugabe bei den letzten Parlamentswahlen im März 2008 Wahlverlierer war, versuchte er monatelang, mit Gewalt eine Machtübernahme der siegreichen Oppositionspartei zu hintertreiben. Noch immer zählt sexualisierte Gewalt gegen Oppositionelle zur verbreiteten Terrorstrategie von Militärs, Geheimdienstmitarbeitern und jugendlichen Schlägertrupps im Regierungsauftrag (Schäfer 2008b). Obwohl die Regierungspartei sich Anfang 2009 zu einer Machtteilung mit der Opposition durchgerungen hat, inhaftiert und terrorisiert sie nach wie vor deren Mitglieder.

Simbabwerinnen, denen die Flucht ins Nachbarland Südafrika gelungen war, sind dort wegen xenophober Anfeindungen nicht sicher. Simbabwische Vertreterinnen von Frauen-

organisationen, die als Exilantinnen in Südafrika leben, erklärten während der AWID-Konferenz, dass ihnen die ANC-Regierung kein Aufenthaltsrecht gewährt und sie bei xenophoben Übergriffen belästigt und bedroht wurden, woraufhin südafrikanische Frauenrechtsexpertinnen die Übergriffe sowie die Rechtlosigkeit eindeutig verurteilten und sich mit den Simbabwerinnen solidarisch erklärten. Auch hier wurde beispielhaft deutlich, dass die AWID-Konferenz ein Forum bot, sowohl drängende nationale und regionale als auch internationale Probleme und Angriffe auf Frauenrechte öffentlich zu diskutieren.

7 Fundamentalistische Tendenzen und Frauenrechte

Fundamentalistische Tendenzen erschweren nicht nur die Arbeit von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen in christlich geprägten Gesellschaften Afrikas oder Zentral- und Südamerikas. Solche Radikalisierungen und die damit oft einhergehende latente Gewaltbereitschaft beeinträchtigen auch Aktivistinnen in hinduistischen und islamischen Ländern, deshalb widmete sich die AWID-Konferenz explizit diesem Thema. Konkret stellten AWID-Rechtsexpertinnen in mehreren Diskussionsrunden die Ergebnisse ihrer 2007 durchgeführten kontinentweiten Studie über die Auswirkungen fundamentalistischer Tendenzen auf die Frauenrechtsarbeit vor. Diese Studie basierte auf den Erfahrungen und Problemen von über 2000 AWID-Aktivistinnen aus mehr als 160 Ländern. Sie dokumentierte, dass gewaltverherrlichende dogmatische, frauenverachtende und fundamentalistische Vorstellungen vielerorts politische Entscheidungen, die Gesetzgebung und die Rechtssprechung beeinflussen (AWID 2008).

Fundamentalistische Gruppierungen und Meinungsmacher zielen darauf ab, rigide Geschlechterkonzepte durchzusetzen. Sie beanspruchen die Kontrolle über die Körper von Frauen, ihre Sexualität, ihre Bildung, politische Partizipation und wirtschaftlichen Aktivitäten. Die AWID-Forscherinnen illustrierten, dass Fundamentalisten sehr reduktionistische Vorstellungen von Maskulinität verbreiten und diese sich insbesondere in einer umfassenden Kontrolle über Frauen äußern. Dabei arbeiten fundamentalistische Prediger v.a. mit Angst und Einschüchterung, mobilisieren Vorstellungen von Rache und Vergeltung, fördern Gewaltbereitschaft und Gewaltkulturen, die dann als Inbegriff von Männlichkeit propagiert werden.

Auch auf internationaler Ebene brachten die AWID-Forscherinnen zutage, wie erfolgreich fundamentalistische Gruppierungen agitieren: Mit raffinierter Lobbyarbeit greifen fundamentalistische Nicht-Regierungsorganisationen internationale Abkommen und internationale Organisationen an, die reproduktive Rechte durchzusetzen versuchen. Ausgehend von ihren differenzierten Analysen müssen auch die AWID-Forscherinnen und Aktivistinnen nun religionsübergreifende und spezifische Gegenstrategien entwikkeln. Diese umfassen die intensive Vernetzung sowie den Austausch über erfolgreiche innovative Ansätze in der rechtspolitischen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Auseinandersetzung mit dem Familienrecht und mit reproduktiven Rechten wurde insbesondere in islamischen Gesellschaften große Bedeutung beigemessen. Daran arbeitet der Dachverband „Coalition for Sexual and Body Rights in Muslim Societies“ (CSBR), dem insgesamt 40 Frauenrechts-, Homosexuellen- und HIV/AIDS-Organisationen sowie etliche Wissenschaftlerinnen aus 15 islamisch geprägten Ländern

angehören, u.a. namhafte länderübergreifende Zusammenschlüsse wie Women Living under Muslim Law (WLML) oder Sisters in Islam (SIS). Während der AWID-Konferenz stellten sie ihre Arbeitsgrundlagen vor, dazu zählte die Verteidigung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und der reproduktiven Rechte gegen religiös-kulturelle Manipulationen durch fundamentalistische Interessengruppen. Auch der Widerstand gegen repressive politische Vorgaben und gesetzliche Beschränkungen ist ein wichtiger Bestandteil ihres Vorgehens. Vertreterinnen der CSBR-Frauenrechtskoalition prangerten Ehrenmorde, Jungfräulichkeitstest, die Zwangsverheiratung und den Verkauf von Mädchen, Mitgiftmorde, Säureattentate auf Frauen, weibliche Genitalverstümmelungen und die strafrechtliche Verurteilung von Vergewaltigten als Ehebrecherinnen als schwere Verstöße gegen die Frauen- und Menschenrechte an.

Die CSBR-Aktivistinnen unterstrichen, dass sexuelle Ausbeutung nicht durch den Koran zu rechtfertigen sei. Allerdings kritisierten einzelne Vertreterinnen islamischer Organisationen, die nicht diesem Aktivistinnen-Kreis angehörten, dass muslimische Lesben zur Rechtfertigung ihrer homosexuellen Beziehungen den Koran selektiv interpretieren würden. Deutlich wurde, dass in der Auseinandersetzung mit Homosexualität und mit HIV/AIDS weiterhin großer Diskussionsbedarf besteht. Einigkeit herrschte hingegen bei der Zielsetzung, dass Rechtsreformen und die Umsetzung neuer Rechtsgrundlagen Frauen und Mädchen vor Gewalt und Verarmung schützen sollen (Ilkkaracan 2008). Des Weiteren betonten CSBR-Vertreterinnen, dass Menschenwürde, Demokratie und nachhaltige Entwicklung in ihren Ländern nur zu erreichen seien, wenn Frauen- und Menschenrechte verwirklicht würden. Zudem warfen sie westlichen Regierungen und Medien vor, eine Essentialisierung des Islams und eine Islamophobie voranzutreiben, zumal Initiativen ignoriert würden, die sich für Gerechtigkeit und Gleichheit einsetzen. CSBR-Aktivistinnen prangerten raffinierte Missionierungsstrategien islamistischer Prediger an, die meist mit Wohlfahrtsprogrammen und konkreten Angeboten zur Situationsverbesserung aufwarten. Sie beeinträchtigen die Arbeit von Frauenrechtlerinnen und greifen sie vielerorts ganz direkt an. Diese Strukturprobleme betreffen jedoch nicht nur islamische Gesellschaften, sondern auch christlich oder hinduistisch geprägte Länder. So berichtete die Vertreterin der indischen Organisation SANGRAM, die sich für Prostituierte einsetzt, von gewaltsamen Übergriffen.

8 Resümee und Ausblick: Internationale Frauenrechte

Pragmatische Allianzen zwischen Frauen unterschiedlichen Status, Bildungsstands und Alters können Kräfte bündeln und neue Energien entfalten. Frauenrechtlerinnen wollen sich untereinander und mit anderen Nicht-Regierungsorganisationen intensiver vernetzen, denn starke zivilgesellschaftliche Bewegungen können effektiv Lobby- und Kontrollarbeit gegenüber den jeweiligen Regierungen organisieren. Im Idealfall leisten sie auch erfolgreichen Widerstand gegen mächtige fundamentalistische Interessengruppen aller Art und verteidigen demokratische Grundüberzeugungen sowie Frauen- und Menschenrechte.

Deutlich wurde dies auch auf der AWID-Konferenz. Verbindend war das Ziel der Aktivistinnen, trotz aller vorhandenen Unterschiede, die z.B. die Herkunft, die Religi-

on und Kultur oder die politische Meinung betrafen, an der Verwirklichung von Frauenrechten weiterzuarbeiten. Abschließend betonten viele Teilnehmerinnen der AWID-Konferenz, wie wichtig die gegenseitige Ermutigung durch Mitstreiterinnen von allen Kontinenten für sie war. In ihrer alltäglichen Arbeit sind sie häufig Einzelkämpferinnen, die nur auf wenige Allianzpartnerinnen in ihrem direkten Umfeld bauen können. Hinzu kommt die Tendenz, dass im Rahmen internationaler Entwicklungskooperationen immer weniger Geld für die Frauenrechtsarbeit bewilligt wird. Einerseits haben HIV/AIDS-Programme Priorität und andererseits steht Gender-Mainstreaming auf der Agenda, damit gilt die Frauenförderung aus der Perspektive vieler Geberorganisationen als überholtes Auslaufmodell.

Häufig werden nur noch Gelder für kleine, auf wirtschaftliche Effizienz ausgerichtete Projektaktivitäten vergeben, aber nicht mehr für mittel- und langfristige Programme, die auf Strukturveränderungen abzielen. Diese eher kurzfristigen und punktuellen Maßnahmen sind prinzipiell a-politisch, weil sie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse unangetastet lassen und oft sogar die Geschlechterhierarchien zementieren (Cornwall et al. 2007).

Viele Frauenorganisationen sind damit konfrontiert, messbare Dienstleistungen erbringen zu müssen, um überhaupt noch Fördergelder zu erhalten. Eindimensionale Vorstellungen westlicher Geber, die meinen, dass Gender-Mainstreaming pauschal ein Beitrag zur guten Regierungsführung sei, führen dazu, unabhängige Frauenorganisationen faktisch auszubluten.

Während der AWID-Konferenz konnten die Organisationsvertreterinnen diese Misere analysieren und nach gemeinsamen Auswegen suchen. Sie verband die Überzeugung, Strategien gegen die fortschreitende Vereinnahmung und Zerstückelung zu entwickeln. Hinzu kommt die Prämisse, das Engagement für Frauenrechte immer mit anderen Zielen in Verbindung zu sehen, insbesondere mit dem Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung oder Gewalt und für soziale Gerechtigkeit. Dazu zählt z.B. die Stärkung der politischen Interessenvertretung und die Verbesserung der Rechtslage von Kleinbäuerinnen angesichts der ungezügelten neo-liberalen Wirtschaftspolitik und Weltmarktzwänge, die ihre Existenzgrundlagen rauben. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, lokale Probleme und die Schwierigkeiten marginalisierter Landbewohnerinnen mit nationalen und internationalen Strukturproblemen in Verbindung zu sehen.

Literaturverzeichnis

Alpizar, Lydia, Durán, Anahi & Garrido, Anahi R. (Hrsg.). (2007). *Building feminist movements. Global perspectives*. London: Zed Books

Antrobus, Peggy. (2004). T*he Global Women's Movement. Origins, Issues and Strategies.* London: Zed Books

AWID. (2008). *Religious Fundamentalism on the Rise: A Case for Action. Toronto*: AWID Publications

Batliwala, Srilatha. (2008). *Changing Their World. Concepts and Practices of Women's Movements*. Toronto: AWID Publications

Cornwall, Andrea, Harrison, Elizabeth & Whitehead, Ann. (Hrsg.). (2007). *Feminism in Development: Contradictions, Contestations and Challenge*s. London: Zed Books

Ilkkaracan, Pinar (Hrsg.). (2008). *Deconstructing Sexuality in the Middle East. Challenges and Discourses*. Aldershot: Ashgate Publishing

Kerr, Johanna & Sprenger, Ellen (Hrsg.). (2004). *The Future of Women's Rights. Global Visions and Strategies*. London: Zed Books

Molyneux, Maxine & Razavi, Shahra (Hrsg.). (2002). *Gender Justice, Development and Rights*. Oxford: Oxford University Press

Rout, Himashu S. & Panda, Prasant K. (Hrsg.). (2008). *Gender and Development in India. Dimensions and strategies*. New Dehli: New Century Publications

Schäfer, Rita. (2008a). *Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika* (2. aktualisierte und erweiterte Auflage). Münster: Lit-Verlag

Schäfer, Rita. (2008b). *Frauen und Kriege in Afrika. Ein Beitrag zur Gender-Forschung.* Frankfurt am Main: Brandes und Apsel Verlag

Wilson, Shamillah, Sengupta, Anasuya & Evans, Kristi (Hrsg.). (2006). *Defending our dreams. Global feminist voices for a new generation*. London: Zed Books

Zur Person

Rita Schäfer, Dr. Ethnologin, Arbeitsschwerpunkte: Gender in Afrika, Frauenrechte, Frauenorganisationen, Maskulinität und geschlechtsspezifische Gewalt. Forschungen in Sierra Leone, Südafrika, Simbabwe und Namibia. Dozentin und Gastprofessorin an verschiedenen deutschen Universitäten, Gutachterin für Entwicklungsorganisationen. Aktuelle Publikationen: Frauen und Kriege in Afrika (2008), Im Schatten der Apartheid, 2. akt. Auflage (2008).
Kontakt: E-Mail: Marx.Schaefer@t-online.de